

Antrag zur Kreistagssitzung am 20.11.2020

## Demokratie stärken - Bürgerräte einführen

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Cham richtet 2021 einen Bürgerrat ein. Ziel des Bürgerrates soll die Erarbeitung und **Beantwortung der Fragestellung sein: "Wie wollen wir 2030 im Landkreis Cham zusammen leben?"** Der Bürgerrat wird nach den Regeln des Verfahrens zu "Bürgerräten" (siehe [https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/broschuere\\_buergerrat.pdf](https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/broschuere_buergerrat.pdf)) von Mehr Demokratie e.V. eingerichtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden durch Losverfahren bestimmt, die Gruppe ist überschaubar groß, aber so zusammengestellt, dass sie die Gesellschaft repräsentativ abbildet. Der dazu stattfindende Auswahlprozess ist jederzeit transparent und nachvollziehbar.

Die so eingesetzten Teilnehmerinnen und Teilnehmer entwickeln konkrete Vorschläge für die oben genannte Fragestellung. Die Versammlung wird professionell organisiert und von einem/einer geschulten Moderator/Moderatorin neutral begleitet. Eine professionelle Moderation und die verständlich aufbereitete Information durch Expertinnen und Experten stellen sicher, dass auch komplexe Sachverhalte beraten werden können. Alle Interessengruppen werden angehört, wie etwa Verbände, Organisationen, Kirchen etc. Die Themenbreite wird auch vom Bürgerrat definiert. Die Bürgerräte tagen öffentlich.

Die Durchführung des ersten Bürgerrats soll 2022 stattfinden. Die erarbeiteten Vorschläge werden bis Mitte 2023 dem Kreistag übergeben und münden in einen transparenten Entscheidungsprozess. Nach Evaluierung des ersten Bürgerrats soll im Kreistag über eine Verstetigung des Projektes entschieden werden.

Begründung:

Die gesellschaftsrelevanten Transformationsprozesse bedingt durch die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Digitalisierung, des Klimawandels und der wirtschaftlichen wie sozialen Folgen der Corona-Krise machen auch vor dem Landkreis Cham nicht halt. Wir brauchen neue Formen der Ideenfindung, der Kooperation und der Zusammenarbeit mit den vielen Wissensträgerinnen und Wissensträgern in unserer Gesellschaft, die Informationen und bestehende Konzepte in praktisches Handeln übersetzen helfen. Wir sind überzeugt: Die Zukunft wird auch in den Kommunen entschieden. Ein Aushandeln und mögliche Antworten auf die zentralen Fragen unseres Zusammenlebens finden sich in der Bürgerschaft selbst. Auf dieser Ebene wollen die Menschen ihr Lebensumfeld direkt mitgestalten und ihren aktiven Beitrag leisten.

Ein Bürgerrat gibt den dafür notwendigen Raum und die benötigte Zeit für lokale Debatten mit Hilfe der Bürgerschaft. Er verhilft nicht nur zu einem breit geführten Diskurs aller in einer Region und das Wiedererlangen von bürgerschaftlicher Selbstwirksamkeit, sondern verschaffen auch ein hohes Maß an Vertrauen und Klarheit: Die Politik nimmt die Bedarfe und Zukunftswünsche der Bevölkerung direkter wahr und kann ihre Entscheidungen neu justieren. Statt kurzen Momentaufnahmen von Meinungen entsteht ein profundes Bild über die Vorstellungen der gemeinsamen Zukunft im

Landkreis. Dabei muss das Verfahren transparent und fair gestaltet werden. Durch die Konstellation der Kommunikation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Augenhöhe entsteht ein hohes Maß an kollektiven Problemlösungskapazitäten. Eine Lobbykontrolle verhindert die schleichende Einflussnahme von nicht legitimierte Externen oder Geldgebern.

Mit größter Sorge nehmen wir die gesellschaftliche Polarisierung, Radikalisierungstendenzen und den Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und politische Prozesse wahr. Alle demokratischen Kräfte sind gefordert, Konzepte zu erarbeiten, wie wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten können. Die hier vorgeschlagene Form der Bürgerbeteiligung kann einen Beitrag dazu leisten, die Demokratie zu vitalisieren, und helfen, Vertrauen wiederzugewinnen und in konkrete direktdemokratische Partizipation zu überführen.

Notwendig und wünschenswert ist die Festlegung von Rollen und der Fahrtroute des Prozesses vorab. Hier muss geklärt werden, wie das Losverfahren ausgestaltet wird, wer das Koordinierungsteam bildet, wie die Finanzierung gesichert wird, welche räumlichen und zeitlichen Kontingente für den Bürgerrat möglich sind, wer den Prozess professionell und neutral begleitet, wie das Prozess-Team aufgestellt ist – und wie die Durchführung auch in Zeiten der Pandemie gesichert werden kann. Zudem muss festgelegt werden, wer die Expertinnen/Experten-Runden bestückt und wie diese für ihren Input gewonnen werden. Optional ist ein Beirat zu bilden, der bei der Durchführung sowie der Berufung der Experten berät und die Durchführung kritisch begleitet. Denkbar ist schließlich die Zusammenarbeit mit einer Universität/Fachhochschule, die den Prozess, die Durchführung und Umsetzung wissenschaftlich evaluiert. Die Diskussion darüber gehört in den öffentlichen politischen Raum und wird transparent geführt. Diese Vorbereitungsphase soll im Jahr 2021 passieren. Die Durchführung ist für das Jahr 2022 angedacht.

Bürgerräte sind u.a. schon in Konstanz, Oberhausen, Görlitz, Berlin oder Bregenz fest verankert und beleben Diskussionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik. Auch der Deutsche Bundestag hat unlängst den ersten Bürgerrat auf Bundesebene beschlossen, der unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU) durchgeführt wird. Zentral vorangetrieben wurde das bundesweite Projekt durch den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein (CSU).